

Der Islam und das Geld

Viele Moscheen in Deutschland werden von reaktionären Kräften im Ausland finanziert. Kann eine Moscheesteuer daran etwas ändern? Ein Gespräch mit Susanne Schröter vom Forschungszentrum Globaler Islam

Moscheesteuer ist ein schönes Wort. Es klingt nach Kirchensteuer und nach Gleichberechtigung des Islams. Deshalb erwärmen sich jetzt verschiedene Parteien für eine Moscheesteuer, zumal sie dazu führen würde, dass das Geld für deutsche Imame künftig aus Deutschland kommt und nicht länger aus dem Ausland. Doch dafür müsste der Islam eine Körperschaft öffentlichen Rechts werden. Die Voraussetzung ist wiederum, dass eine Religionsgemeinschaft sich klar zum Rechtsstaat bekennt. Das darf man für die in Deutschland lebenden Muslime voraussetzen – aber für die Theologie, die von den großen Islamverbänden unterstützt wird? Wir haben bei einer Expertin für den weltweiten Islam nachgefragt.

DIE ZEIT: Frau Schröter, über welche konkrete Finanzierung einer deutschen Moschee durch das Ausland haben Sie sich zuletzt geäußert?

Susanne Schröter: Über keine. Das Ärgerliche ist hier nicht der Einzelfall, sondern das Prinzip der Auslandsfinanzierung: Mehr oder minder offen werden islamische Organisationen in Deutschland von außen nicht nur unterstützt, sondern gesteuert – aus der Türkei, dem Iran und Saudi-Arabien, von sunnitischen und schiitischen Geldgebern. In den Siebzigerjahren, als hierzulande die ersten Moscheen entstanden, haben deutsche Behörden sich noch ganz unbedarft über Unterstützung aus dem Ausland gefreut, selbst bei Gründungen der Muslimbruderschaft wie den Islamischen Zentren in München und Aachen. Man hoffte, das werde der Integration nützen. Religiöser Extremismus war noch kein Thema. Die Bürgermeister gingen gern zur Moschee-Eröffnung, und die Politiker hatten kein Bewusstsein davon, dass eine Abhängigkeit von islamischen Staaten den Muslimen in Deutschland schaden könnte.

ZEIT: Jetzt hat sich die Lage ins Gegenteil verkehrt. Als Weihnachten eine Debatte über die Finanzierung deutscher Moscheen durch das Ausland aufkam, waren sich Politiker aller Parteien einig, dass sich das ändern muss. Warum geschieht es nicht?

Schröter: Weil die Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden in Deutschland nicht verboten ist – anders als in Österreich, wo ein Gesetz den Transfer von Geldern aus dem Ausland an islamische Organisationen unter Strafe stellt.

ZEIT: Man könnte sagen, großzügige Spenden an Moscheen sind wichtig, damit Gemeinden, die in Deutschland keine eigene Tradition haben, überhaupt wachsen und fortbestehen.

Schröter: Gegen dieses Argument spricht schon die Tatsache, dass die Gemeinden selber wissen, wie problematisch ihre Geldgeber sind. Sie reden ungerne über ihre Finanzen und versuchen deren Herkunft zu verschleiern. Wenn Sie sich die neugebauten Moscheen der letzten zehn, fünfzehn Jahre anschauen, sind das oft prunkvolle Gebäude, ob nun modern oder mit Kronleuchtern und edlen Teppichen. Fragt man nach der Finanzierung, heißt es, die Gemeindeglieder hätten gespendet. Da die Mitgliederzahlen aber meist überschaubar und die Mitglieder in der Regel einfache Leute sind, sind keine Millionen aufbringen können, weiß man schon, dass das nicht stimmen kann. Bohrt man nach, wird herungedruckt: Na ja, es seien zum Beispiel Spenden aus den Golfstaaten gekommen.

ZEIT: Wie hoch sind die Summen, die aus dem Ausland in deutsche Moscheen fließen?

Schröter: Das weiß niemand genau, weil die Moscheen es nicht offenlegen müssen. Aber wer die

deutschen Islamverbände finanziert, der bestimmt auch, was in den Moscheen gepredigt wird. Wollen wir das? Wollen wir, dass das Geld für den organisierten Islam aus Ländern kommt, die keine Religionsfreiheit haben? Zum Beispiel aus dem Iran. Das Islamische Zentrum Hamburg ist eine Dependence des iranischen Regimes, und der Leiter des IZH ist gewissermaßen Stathalter der Mullahs in Deutschland und verbreitet deren Ideologie.

ZEIT: Die Moscheegründerin Seyran Ateş schlug vor, eine Moscheesteuer zu erheben. Haben die positive Reaktion aus den Parteien und die breite Konsens, der momentan unüblich ist, Sie gefreut?

Schröter: Ich glaube, die Politik ist sich noch nicht im Klaren über die Schwierigkeit des Unterfangens. Das große Ziel soll ein Islam sein, der hier heimisch ist, der nicht im Gegensatz steht zur Verfassung, aber auch nicht zu den Sitten dieses Landes, der zugleich eine Bereicherung und etwas Eigenes ist. Das ist keine Kleinigkeit. Denn der hiesige Islam entstand als Diaspora-Phänomen und wird bis heute geprägt durch die sehr unterschiedlichen Heimatregionen der Migranten, durch den Islam Nordafrikas und der Golfstaaten, des Iran und der Türkei. Hinzu kommen unter anderem Pakistan und der Kaukasus.

ZEIT: Islamwissenschaftler warnen gern, man solle nicht von »dem« Islam sprechen, weil das seine Vielfalt außer Acht lasse. Auch habe er im Gegensatz zum Christentum keine Kirche.

Schröter: Der Islam ist keine Kirche und als Religion tatsächlich sehr vielfältig. Aber sein Ankommen in Deutschland wird nicht durch diese Vielfalt erschwert, sondern dadurch, dass außerhalb Europas seit Jahrzehnten sehr konservative, ja fundamentalistische Formen auf dem Vormarsch sind. Sie fallen weniger durch ihre Spiritualität auf als dadurch, dass sie religiöse Normen an die Stelle von weltlichen setzen, dass sie die Trennung von Religion und Politik ablehnen, dass sie Frauen diskriminieren und Minderheiten verfolgen. Diese Auffassung vom Islam verdrängt andere Auffassungen, auch in Deutschland.

ZEIT: Ein solcher Betonislam dürfte für die meisten deutschen Muslime unattraktiv sein. Warum kann man ihn nicht einfach ignorieren?

Schröter: Weil es dieser Islam ist, der sich organisiert, der das Geld hat und die Prediger in den Moscheen stellt. Alle wichtigen Islamverbände in Deutschland sind in ihrer Auffassung vom Glauben konservativ bis reaktionär. Deshalb wurden Lehrstühle für islamische Theologie an unseren staatlichen Hochschulen etabliert. Der Staat hoffte auf eine Verwissenschaftlichung, auf Textkritik und Auseinandersetzung mit demokratischen Prinzipien. Doch nun zeichnet sich ab: Die Islamverbände wollen das Personal aus den deutschen Hochschulen nicht und wollen auch ihre Auslandsabhängigkeit nicht aufgeben. Sie gestehen zwar ein, dass es schlecht ist, wenn Imame hierzulande kein Deutsch sprechen. Statt nun aber in Deutschland ausgebildete Theologen einzustellen, wollen sie in Deutschland geborene Muslime zum Studium in die Türkei schicken und dann hierher zurückholen.

ZEIT: Stimmt es, dass türkische Imame, die in Deutschland predigen, zugleich Beamte des türkischen Staates sind?

Schröter: Ja, sie werden auch recht anständig bezahlt, im Gegensatz zu Imamen aus arabischen Staaten. Die werden oft mit einem Handgeld abgespeist. Auch das erweist sich als Problem bei der Einstellung studierter deutscher Islamtheologen: Akademiker kosten Geld.

ZEIT: Die Moscheesteuer setzt eine Anerkennung der Verbände als Körperschaften öffentlichen Rechts voraus. Was halten Sie davon?

Schröter: Diese Anerkennung wollen alle islamischen Gemeinschaften, weil der Körperschaftsstatus mit Privilegien und beträchtlichen Zuschüssen verbunden ist. Man sitzt dann in Gremien wie dem Rundfunkrat und ist gleichberechtigter Partner für den Religionsunterricht. Kurzum, die Verbände bekämen sehr viel mehr Einfluss, obwohl einige von ihnen politisch wie religiös so problematisch sind, dass sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden: etwa die Deutsche Muslimische Gemeinschaft, die dem Umfeld der Muslimbrüder zugeordnet wird und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland angehört. Wenn die Verbände einen Körperschaftsstatus bekämen, wäre nicht viel gewonnen, weil ihnen Auslandsfinanzierung trotzdem nicht verboten wäre. Sie würden allerdings aufgewertet zu den Partnern des Staates und den Repräsentanten aller Muslime in Deutschland. Dabei fühlen sich höchstens 20 Prozent durch die Verbände repräsentiert.

ZEIT: Woher kommt diese Zahl 20 Prozent?

Schröter: Das ist die gängige Schätzung, die auf Stichprobenartigen Studien beruht. Sie bleibt aber sehr grob, und hinzu kommt, dass die geschätzte Zahl von 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland pauschal Menschen aus muslimischen Herkunftsländern erfasst, ohne dass wir wissen, wie viele von ihnen Agnostiker oder Atheisten sind. Die letzte Untersuchung von Detlef Pollack über türkischstämmige Bürger war sehr gut, aber zahlenmäßig nicht repräsentativ für das ganze Land.

ZEIT: Glaube und Zugehörigkeitsgefühl sind zwei paar Schuhe. Es gibt Kirchenmitglieder, die nicht glauben, und Ausgetretene, die sehr wohl glauben. Warum sind die Reaktionen oft so gut organisiert und die Liberalen so zerstritten?

Schröter: Organisationen gelingen immer dann, wenn man sich auf eine Tradition berufen und sie fortführen kann. Nehmen wir den Zentralrat der Muslime in Deutschland. Seine mitgliederstärkste Einzelorganisation ist die Atib, die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine, die ihren Ursprung in den Grauen Wölfen hat, einer faschistischen türkischen Vereinigung. Die Grauen Wölfe waren anfangs säkular geprägt und haben sich später islamisiert. Die Atib distanziert sich zwar heute offiziell von ihnen, bleibt aber geprägt von dem personellen und ideologischen Erbe.

ZEIT: Was unterscheidet Atib und Ditiib?

Schröter: Die Ditiib, also die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, ist, wie der Name schon sagt, eine Gründung der türkischen Religionsbehörde Dıyanet und untersteht damit der Regierung in Ankara. Ursprünglich war sie die moderatere islamische Organisation in Deutschland, weil der türkische Staatsislam durch den Laizismus unter Atatürk geprägt war. Atatürk wollte den Islam säkularisieren und ihn dem Staat unterwerfen. Unter Erdoğan dann hat sich die Ditiib islamisiert. Das zeigte sich nicht erst, als Imame für Ankara spitzelten, sondern vorher schon durch antihistorische, antijüdische und antiweltliche Propaganda. Eben erst bekräftigte der Dıyanet-Vorsitzende diese Abgrenzungsideologie, indem er Silvesterfeiern als Sünde brandmarkte. Die Ditiib ist zu hundert Prozent abhängig von der Türkei, und wenn ihre deutschen Gemeinden einen liberaleren Kurs wollen, wie im Landesverband Hessen geschehen, dann werden sie auf Linie gebracht: In einer beispiellosen Mobbingskampagne wurde der dortige

Ditiib-Vorsitzende entmachtet und durch einen Hardliner ersetzt. Einen ähnlichen Fall gab es in einer Berliner Moschee, die Schwule und Lesben eingeladen hatte. Da wurde kurzerhand der gesamte Vorstand entlassen.

ZEIT: Nun hat die Kirche, namentlich die katholische, auch Probleme mit der Anerkennung von Homosexuellen. Neulich sollte ein Hochschullehrer deshalb seinen Posten verlieren. Das wurde nur durch Protest verhindert.

Schröter: Ja, aber Sie sehen an dem Beispiel, die Kirche kann die Kritik ihrer Mitglieder nicht mehr deckeln und den Einspruch ihrer progressiven Theologen nicht ignorieren. Das ist bei der Ditiib anders. Ihre Mitglieder folgen dem Kurs Erdogans, der aus der Milli-Görüs-Bewegung radikal, wollte die Türkei in einen Gottesstaat umwandeln und hat auch in Deutschland einen Zweig, der übrigens heute vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

ZEIT: Es heißt, Milli Görüs demokratisiere sich.

Schröter: Einige junge Funktionäre von Milli Görüs erklären einem deutschen Wissenschaftler vor Jahren, sie hätten dem Islamismus abgeschworen, doch das stellte sich als falsch heraus. Die dritte türkischstämmige Organisation übrigens, der Verband der Islamischen Kulturzentren, VIKZ, schotterte sich in der Öffentlichkeit eher ab, machte aber auch mobil gegen Vertreter des liberalen Islams. So versuchen die Verbände gemeinsam, den Reformtheologen Mouhanad Khorchide von seinem Lehrstuhl in Münster zu vertreiben und als Häretiker zu brandmarken.

ZEIT: Häresie ist der Lieblingsvorwurf aller Hüter einer konservativen Glaubenslehre. Wie bricht man die Macht der Reaktionäre?

Schröter: Erstens durch offene Kritik. Zweitens durch eine harte Finanzierungsdebatte, die auch ein Verbot der Auslandsfinanzierung nicht ausschließt. Bislang konnten die Finanzfahnder nur tätig werden, wenn ein Verdacht auf Terrorfinanzierung vorlag. Politiker und Kirchenvertreter schwiegen zu lange, häufig aus Angst, als Islamophob zu gelten. Mittlerweile gelten kritische Stimmen schnell als islamfeindlich, auch in der Wissenschaft. Das nützt den Hardlinern und hilft nicht gegen die tatsächliche Diskriminierung von Muslimen. Man kann Islamfeindlichkeit bekämpfen, ohne demokratiefeindliche Islamvertreter in Schutz zu nehmen. Ich möchte nicht, dass wir junge deutsche Muslime an Moscheen verlieren, in denen »Deutschsein« ein Schimpfwort ist, in denen der Westen als Gegner und die Freiheit als Gefahr gilt. Ein Anfang wäre, dass die beträchtlichen Mittel der Bundesministerien zur Unterstützung islamischer Projekte und zur Bekämpfung von Extremismus nicht un hinterfragt an Vereine gehen, die Probleme mit der Religionsfreiheit und anderen Grundrechten haben. Wie bei den Kirchen muss gelten: Der Glaube ist nicht sakrosankt, und die Finanzen einer Religionsgemeinschaft sind es schon gar nicht.

Das Gespräch führte Evelyn Finger



Susanne Schröter, 61, leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam